



**Geschäftsführung  
Stadtentwicklungsausschuss**

Ansprechpartner/in: Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 27.10.2008

## **Beschlussprotokoll**

über die **44. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 23.10.2008, 15:00 Uhr bis Uhr, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### **I. Öffentlicher Teil**

**3.1 Auenviertel Rodenkirchen - Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2008  
AN/2000/2008**

*vertagt in die Sitzung am 27.11.2008*

**3.2 Erhalt der Ausstellung der Info-Box im Rheinauhafen  
Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 23.10.2008  
AN/2074/2008**

Vorgeschlagene Änderungen wurden von der Antrag stellenden Fraktion übernommen.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig Verhandlungen mit der HGK dahingehend aufzunehmen, dass die Ausstellung über das Projekt Rheinauhafen in der Info-Box am Harry-Blum-Platz erhalten bleibt. Zu diesem Zweck ist zu prüfen, inwieweit durch die HGK oder einen Dritten eine Gewerbeeinheit im Rheinauhafen anzumieten bzw. die Ausstellung zum Beispiel in Räumlichkeiten im Hafenamts unterzubringen ist. Sollten die Verhandlungen mit der HGK nicht positiv verlaufen, wird die Verwaltung aufgefordert, den Stadtentwicklungsausschuss kurzfristig entsprechend zu informieren.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.1 Städtebauliche Neuordnung Dionysoshof/Baptisterium  
als Bestandteil des "Integrierten Handlungskonzeptes Umfeld Kölner Haupt-  
bahnhof"  
3302/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Ergebnisse des Workshops "Dionysos-hof/Baptisterium" aus dem Jahr 2002 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Empfehlungen des Preisgerichtes die Architekten Allmann/Sattler/Wappner mit einer Machbarkeitsstudie zu beauftragen. Inhalte und Ziele dieser Studie sind zunächst die Überarbeitung des Entwurfskonzeptes unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Preisgerichtes und der Nachweis der tragwerksplanerischen Machbarkeit. Erst auf Grundlage dieser Machbarkeitsstudie können die Gesamtkosten der Maßnahme realistisch abgeschätzt werden.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Innenstadt zur Kenntnisnahme und Entscheidung vorzulegen.

Die Aufwendungen in Höhe von insgesamt 80.000 € brutto sind im Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilplan 1201 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Sanierung Finkenberg in Köln-Porz  
Entwurf zur Umgestaltung des Nahbereichszentrums Finkenberg  
3479/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Verkehrsausschuss, den Sanierungsbeirat und in die Bezirksvertretung Porz.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Workshop zur weiteren Entwicklung und Nutzung des 3 D-Stadtmodells in  
der Verwaltung  
4024/2008**

**Beschluss:**

1. Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt das Konzept für die Durchführung eines Workshops zur weiteren Entwicklung und Nutzung des digitalen 3 D-Stadtmodells durch die Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Workshop durchzuführen.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Mittelfreigabe der Aufwendungen in Höhe von 11.000 €, die für das Haushaltsjahr 2008 im Teilplan 0901-Stadtplanung und -entwicklung, in Teilplanzeile 16-sonstige ordentliche Aufwendungen, veranschlagt sind.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.4       Neubau einer Abstellanlage für S-Bahnen in Köln-Nippes  
hier: Stellungnahme der Stadt Köln im Rahmen der Beteiligung der Träger  
öffentlicher Belange  
4244/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme der Stadt Köln zum Plangenehmigungsverfahren zum Neubau einer Abstellanlage für S-Bahnen in Köln-Nippes.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.1       Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO (neue  
Fassung) in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln  
für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 Anwendung bei Finanzstelle 1502-  
0901-6-4560, Dach S-Bahn-Station Chorweiler Nord  
3355/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Kostenerhöhung um 370.500 € bei Finanzstelle 1502-0901-6-4560, Dach-S-Bahn-Station Chorweiler-Nord gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO (neue Fassung) in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nach dem jetzigen Stand 1.752.000 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.2       10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker  
Heide)  
3544/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, gem. § 27c Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV.NRW.S.568), zuletzt geändert am 19. Juni 2007 (GV.NRW.S.226), ber. 15. August 2007 (GVBl.S.316),

1. den Entwurf der 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide) gemäß den Anlagen 1 und 2 für die Dauer eines Monats öffentlich ausulegen,
2. den Auslegungsbeschluss öffentlich bekannt zu machen,
3. die Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier'**  
**hier: Satzungsbeschluss**  
**3601/2008**

Aufgrund der besonders hohen Bedeutung der Grünzüge für den mit Grün unterversorgten Stadtteil Mülheim und aus stadträumlicher Sicht regt RM Moritz an, die im nördlichen Bereich vorgesehene Verbindung der den Rhein begleitenden Grünflächen mit der Deutz-Mülheimer Straße nach Süden bis auf die Höhe der Einmündung Danzierstraße zu erweitern. Dazu ist das in diesem Bereich gelegene denkmalgeschützte Gebäude des hier überplanten ehem. Fabrikgeländes Lindgens Druckfarben zu integrieren. So könne eine begrüßenswerte grüne Sicht- und Wegebeziehung von der Danzierstraße aus kommend in Richtung Rhein realisiert werden. Die neu vorgeschlagene südliche Begrenzung des Sanierungsgebietes zwischen Hafenstraße und Deutz-Mülheimer Straße ist hier demnach identisch mit dem Bebauungsplan-Aufstellungsbeschluss Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße (183-185), vgl. TOP 10.7 dieser Sitzung.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, diese Anregung mit in die weitere Beratung zu geben.

Sachkundiger Einwohner Soénius empfindet die hiesige Darstellung des Grünzuges als widersprüchlich zu der Darstellung im Rechtsrheinischen Entwicklungskonzept.

Herr Wevering vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik geht hierauf ein und erklärt, dass diese Vorlage den Darstellungen und Zielen des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes – Teilraum Nord für Mülheim Süd entspricht und dieses Konzept in der Umsetzung voranbringen soll. Dabei sei versucht worden, das Sanierungsgebiet mit der vorgeschlagenen Abgrenzung so eng wie möglich zu fassen, um Komplikationen mit angrenzenden Flächen zu reduzieren.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage **mit der Ergänzung** zur Anhörung in die Bezirksvertretung 9 – Mülheim und in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und verzichtet nicht auf Wiedervorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Entwicklungskonzept Porz-Mitte**  
**3629/2008**

*vertagt in die Sitzung am 27.11.2008*

**6.5 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn**  
**hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes**  
**4190/2008**

RM Sterck merkt folgende Punkte an:

1. Unter Bezugnahme auf Punkt 2 des Beschlussvorschlages und die dort geforderte Zustimmung der Behindertenverbände erscheint es RM Sterck fraglich, ob die in der Beschreibung der Planung dargestellte Umsteigebeziehung überhaupt genutzt werde, da sowohl am Rathaus, als auch am Ebertplatz Umsteigemöglichkeiten am selben Bahnsteig bestünden.

2. Mit Blick auf das laufende Workshopverfahren erachtet RM Sterck die unter Punkt 5 des Beschlussvorschlages angeführte Festlegung bezüglich der Kurzzeitparkplätze als zu verfrüht.
3. Da die massiven Fußgängerbeziehungen – insbesondere durch die Schüler des Ursulinengymnasiums – auf der Westseite der Johannisstraße stattfinden, sollte der westliche Fußgängerweg verbreitert und der auf der Ostseite geschmälert werden.
4. Es sei zu diskutieren, wie die Radfahrstation attraktiver gestaltet werden könne; eine entsprechende Initiative kündigt er für den Verkehrsausschuss an.
5. Weiterhin bittet RM Sterck die Verwaltung, alle Möglichkeiten auszunutzen, um den Prozess zur Wiederherstellung des Breslauer Platzes zu beschleunigen.

Beigeordneter Streitberger geht auf die Anmerkungen ein. Dabei stellt er dar, dass sich die Verwaltung mit den Behindertenverbänden auf einer sehr guten Gesprächsebene befinde. Die im Beschlusstext aufgeführte Voraussetzung der Zustimmung durch die Behindertenverbände erachte er nicht als problematisch sondern eher als Formalie. Mit Verweis auf die zweite Anmerkung von RM Sterck ersucht der Beigeordnete den Ausschuss, dieser Formulierung im Beschlussvorschlag zuzustimmen, da die DB hiervon einiges abhängig mache. Die Anregung zur Fußwegesituation in der Johannisstraße werde die Verwaltung prüfen. Zum Zeitplan erklärt Herr Streitberger, dass die Verwaltung mit der KVB hart verhandelt.

RM Dr. Bürgermeister unterstützt das Ansinnen von RM Sterck dahingehend, dass bei der Stellplatzfrage eine gewisse Flexibilität erhalten bleiben sollte. Sie regt an, den Beschlusstext entsprechend zu ändern. Zudem bittet sie den Beigeordneten um konkrete Auskünfte zu der Anzahl der bisherigen bzw. zukünftigen Stellplätze. Überdies fragt Frau Dr. Bürgermeister an, ob es zutreffend sei, dass die geplante Brunnenanlage vergrößert werden solle bzw. ob dies sinnvoll sei.

RM Moritz spricht sich mit Blick auf mobilitätseingeschränkte Menschen nicht für hohe Bordsteinkanten, sondern für die Verwendung von taktilen Elementen und ebenerdige Übergänge aus. Zudem erachte sie die Einrichtung von Taxiein- und -ausstiegsplätzen zur Erreichung einer größeren Attraktivität als erstrebenswert.

Vorsitzender Klipper schließt sich der Einrichtung von Taxiein- und -ausstiegsplätzen an beiden Ausgängen an.

Sachkundiger Einwohner Soénius befürwortet die Einrichtung von Kiss-and-Ride-Plätzen nicht zwischen Johannis- und Altenbergerstraße, sondern näher am Bahnhof. Weiterhin geht er von einem im Verhältnis zum Bestand erhöhten Bedarf an Taxiplätzen aus und hält ebenfalls das Vorsehen von Taxiein- und -ausstiegsplätzen für erforderlich.

Beigeordneter Streitberger berichtet, dass das Verhandlungsergebnis mit der DB zu einer Erhöhung von 40 auf 62 Stellplätze geführt habe. Nach seiner Auffassung sollte der Brunnen in seiner Größe etwas großzügiger sein als in dem Planungsentwurf. Die Fläche des Brunnens könne begangen werden, sofern der Brunnen nicht in Betrieb sei. Die geplante Fläche selbst sei nicht eben, sondern zur Maximinenstraße leicht ansteigend. Taktile Elemente, welche sich auf Wunsch der Blindenverbände auf der Gehwegseite befinden sollen, würden eingebaut, so der Beigeordnete. Gegen Taxiein- und -ausstiegsplätze wehre er sich, da es seiner Auffassung schwierig sei, Taxifahrer entsprechend zu disziplinieren. Weiterhin teilt Herr Streitberger mit, dass nach seiner Einschätzung Kiss-and-Ride-Plätze in der Tiefgarage nicht funktionieren werden. Deshalb würden die Kurzzeitparkplätze in der Maximinenstraße als Kiss-and-Ride-Plätze fungieren. Es sei wichtig, die unterschiedlichen Verkehre auseinander zu halten, was zwar nicht für jeden Einzelnen, jedoch in der Gesamtschau das Optimale sei. Die Anzahl der geplanten Taxiplätze sei mit dem Taxiruf abgestimmt, so der Beigeordnete.

Auf Bitte von RM Moritz sagt der Beigeordnete zu, mit der Behindertenbeauftragten der Stadt Köln über die Gestaltung der Markierungen für Blinde und Sehbehinderte zu sprechen.

Als Kompromiss zu dem Thema DB-Kurzzeitparkplätze schlägt Beigeordneter Streitberger vor, den Punkt 5 des Beschlussvorschlages um die Ergänzung *...oder an einem anderen mit der DB abgestimmten Platz...* zu erweitern. Über den Beschlussvorschlag in der so geänderten Form lässt der Vorsitzende abstimmen.

### **geänderter Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Ausführungs- und Gestaltungsplanung des Breslauer Platzes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

1. die notwendigen Abstimmungen mit der KVB fortzuführen, mit dem Ziel, den Ausbau der Verkehrsflächen (Maximinenstraße, nördliche Nebenanlagen und Kreisverkehr Johannisstraße/Goldgasse) im Rahmen der Maßnahme Nord-Süd Stadtbahn ab November 2008 - 2010 durchzuführen. Die Materialien aus dem Gestaltungskonzept sollen dabei verwendet werden.
2. zu prüfen, ob auf eine Signalisierung an den Fußgängerüberwegen Domstraße und Altenberger Straße verzichtet werden kann. Voraussetzung ist eine Zustimmung der Behindertenverbände.
3. die Umsetzung einer Wasserdüsen-/Brunnenanlage auf der zentralen Platzfläche weiter zu verfolgen und die Planungen den Gremien des Rates vorzulegen.
4. die Umgestaltung der Platzflächen nach Abschluss der Stadtbahnmaßnahme durchzuführen.
5. die erforderlichen Vereinbarungen mit der Bahn AG abzuschließen, mit dem Ziel, die DB-Kurzzeitparkplätze auf dem Gelände unter den Gleisanlagen und Teilen des ehemaligen Ämtergebäudes **oder an einem anderen mit der DB abgestimmten Platz** auszubauen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **6.6 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim 3493/2008**

Nach einer kurzen Einleitung von Beigeordnetem Streitberger referiert Frau Landsberg vom Büro Agiplan über das Programm Mülheim 2020.

Vorsitzender Klipper dankt für den ausführlichen Vortrag und bittet Frau Landsberg um Auskunft, ob in dem Programmzeitraum 2009-2015 eine regelmäßige Evaluierung durch die Firma Agiplan stattfindet.

Mit Verweis auf den Themenbereich Schul-/Bildungssituation merkt RM Sterck an, dass aus seiner Sicht auch der Ausschuss Schule und Weiterbildung zu beteiligen sei und bittet Frau Landsberg um ihre Einschätzung.

RM Moritz bezieht sich auf die lokalen Ökonomieprojekte und bittet um Auskunft, ob die hierfür benötigten Flächen bereits in dem Programmwurf berücksichtigt seien.

RM Dr. Bürgermeister erachtet das komplexe Herangehen als einen äußerst positiven Ansatz. Die Evaluierung sei dabei sehr wichtig und hilfreich. Sie sei ebenfalls verwundert, dass nicht alle Ausschüsse, welche diese Vorlage inhaltlich betreffe, in der Beratungsfolge vorgesehen seien, so zum Beispiel der Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Im Namen der Seniorenvertretung stellt Herr Baatz fest, dass die Gruppe der Senioren in dem Programm kaum erwähnt werde. Er regt an, auch für die Migranten eine Form der generationsübergreifenden Hilfe für Senioren aufzubauen. Er bittet darum, diesen Bereich nachzuarbeiten.

Nach Auffassung von RM Detjen sollte das Thema „lebenslanges Lernen“ auch in Mülheim eine gewisse Rolle spielen.

Frau Landsberg informiert zunächst, dass das Programm regelmäßig evaluiert werden müsse. Sie führt weiterhin aus, dass beabsichtigt sei, innerhalb der Programmsteuerung zwei Projekte zu definieren – und zwar zum einen das Programmmanagement für den Bereich lokale Ökonomie und Bildung, welches extern ausgeschrieben werden solle und einen vierteljährlichen Bericht impliziere, und zum anderen die Hinzuziehung externer Evaluatoren. Eine Einbindung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in die Beratungsfolge erachte sie als sinnvoll. Zusätzliche Flächen, wie von RM Moritz angesprochen, seien nicht auszuweisen, da zwei große Gewerbegebiete - Schanzenstraße und Auenweg - im Programm enthalten seien. Durch erfolgte Absprachen mit den für das Rechtsrheinische Entwicklungskonzept und den Unternehmensservice zuständigen Mitarbeitern der Stadtverwaltung werde sich das Konzept Mülheim 2020 nahtlos in die für diese Bereiche konzipierten Projekte eingliedern. Unter Bezugnahme auf den Einwand von Herrn Baatz erklärt Frau Landsberg, dass die Senioren deshalb kaum erwähnt seien, da sich die Vorgabe über die Schwerpunkte lokale Ökonomie und Bildung erstreckt habe. Gleichwohl mache es Sinn über Projekte in der angesprochenen Art nachzudenken und gegebenenfalls in der Verwaltung zu diskutieren.

Frau Kröger, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, verweist in diesem Zusammenhang auf die Förderungsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme der Landes- bzw. EU-Mittel. Die von dieser Stelle aus vorgesehenen Schwerpunkte seien: lokale Ökonomie, Bildung/Integration und städtebauliche Projekte. Darüber hinausgehende Schwerpunkte wären nicht förderfähig und müssten von der Stadt Köln selbst getragen werden. Aus diesem Grunde seien die Schwerpunkte des Programms so gesetzt worden.

Zum Thema „lebenslanges Lernen“ führt Frau Landsberg aus, dass in Gesprächen mit der ARGE dargestellt worden sei, dass bei einem großen Teil der Langzeiterwerbslosen die Problematik von Motivationsdefiziten im Vordergrund stünden. Der in dem Programm gesetzte Schwerpunkt sei vor diesem Hintergrund, die Voraussetzungen für die Qualifizierungen bei der ARGE und an weiteren Stellen weiter zu verbessern.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass er sich wünsche, die Arbeit mit der Firma Agiplan fortführen zu können.

Vorsitzender Klipper bittet die Verwaltung darum, mit Blick auf die Evaluationen einen – zum Beispiel jährlichen – Bericht zu fertigen, damit die Möglichkeit bestehe, gegebenenfalls nachsteuern zu können. Der Anregung bezüglich der Einbindung des Ausschusses Schule und Weiterbildung stimmt der Vorsitzende zu und lässt mit dieser Ergänzung über den Verweisungsbeschluss abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Ausschuss Soziales und Senioren, den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Mülheim, den Jugendhilfeausschuss, in den Integrationsrat **und in den Ausschuss Schule und Weiterbildung**.

**6.7 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung  
2617/2008**

RM Moritz bittet darum, die Vorlage auch im Ausschuss Soziales und Senioren zu beraten. Zudem merkt sie an, dass die Vorlage inhaltlich nicht mit den Haushaltsbeschlüssen übereinstimmt. Stutzig mache sie vor dem Hintergrund der derzeit finanziell eher unüberschaubaren Situation, dass über Mittel für 2010/2011 entschieden werden solle, obgleich sie sehr mit den Millenniumszielen sympathisiere.

Vorsitzender Klipper hält fest, dass angeregt wird, den Ausschuss für Soziales und Senioren zu beteiligen. Danach lässt er über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt das MDG-Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniums-entwicklungsziele in vorgelegter Form.
2. Der Rat stellt dafür ab dem Haushaltsjahr 2010 jährlich 250.000 € zur Verfügung. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2010 zu veranschlagen.
3. Der Rat beauftragt 01/4 – Büro für Internationale Angelegenheiten - mit der Koordination sowie der Vergabe und Kontrolle der dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel.
4. Der Rat beschließt des Weiteren zum Stellenplan 2010 die Einrichtung einer zusätzlichen zunächst bis 31.12.2012 befristeten halben Personalstelle StOI BesGr. A 10 BBO für die Umsetzung der vom Schulverwaltungsamt aufgeführten Maßnahmen. Sofern mit der Umsetzung bereits zum 01.01.2010 begonnen werden sollte, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.
5. Der Rat der Stadt Köln bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entwicklungspolitischen Projekten gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.8 Neubau Bezirksrathaus Rodenkirchen - Realisierungswettbewerb  
4300/2008**

*vertagt in die Sitzung am 27.11.2008*

**9.1 Städtebauliches Planungskonzept "Äußere Kanalstraße/Venloer Straße in  
Köln-Ehrenfeld";  
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu den Ergebnissen  
der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Entscheidung über die Vorgaben  
zum Bebauungsplan  
3972/2008**

*vertagt in die Sitzung am 27.11.2008*

- 9.2 Städtebauliches Planungskonzept**  
**Arbeitstitel: Lindenallee in Köln-Marienburg**  
1. **Stellungnahmen der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
2. **Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 68406/02 4125/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**  
**Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz**  
**3319/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB einen Bebauungsplan für ein ca. 1 200 m<sup>2</sup> großes Teilgrundstück aus dem Flurstück 339, Flur 58 der Gemarkung Köln-Efferen, (maßgeblich gelegen zwischen Elzstr. 8 und Neuenhöfer Allee 33) in Köln-Sülz —Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz— aufzustellen mit dem Ziel, eine zweigeschossige viergruppige Kindertagesstätte für ca. 60 Kinder festzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.2 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58480/03 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB)**  
**Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen**  
**3345/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB), den Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58480/03 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet des Tillmannsviertels im Bereich des Neubaugebietes Widdersdorf Süd, westlich der geplanten internationalen Schule und nördlich der im Bau befindlichen neuen Haupterschließungsstraße —Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 5945/03**  
**Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich**  
**3370/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Aufstellungsbeschluss vom 23.06.2006 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03 um das Gebiet der planfestgestellten Schienentrasse (Eisenbahnlinie Köln-Aachen) —Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich— zu verkleinern;
2. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03 für das Gebiet zwischen der Kölner Straße im Norden, der Bundesautobahn A 1 im Osten, der Bahnstrecke Köln-Aachen im Süden und der rückwärtigen Grenze des Grundstückes Dieselstraße 2 im Westen in Köln-Lövenich nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des Verfahrens nach § 13 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.
3. den vom Rat am 24.05.1984 gefassten Aufstellungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan mit dem Arbeitstitel: Wolfspfad in Köln-Lövenich aufzuheben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße (neu) in Köln-Roggendorf/Thenhoven**  
**3385/2008**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet nördlich von Schloss Arff, östlich bzw. südlich der Grenze zur Stadt Dormagen und westlich der Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße (neu) in Köln-Roggendorf/Thenhoven— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung mit ca. 20 Wohneinheiten in Form von eingeschossigen Einzel- und Doppelhäusern mit zugehöriger Erschließung und privaten Grünflächen festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 1.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gegen CDU und FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

**10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 62461/03**  
**Arbeitstitel: Dansweilerweg/Manstedter Weg in Köln-Müngersdorf**  
**3443/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 62461/03 für das Gebiet zwischen Widdersdorfer Straße, der westlichen Grenze der Wohnbaugrundstücke Vitalisstraße 326 – 362 und dem Dansweilerweg betr. die Wohnbaugrundstücke Dansweilerweg 1 – 25 und Manstedter Weg 1 - 25 —Arbeitstitel: Dansweilerweg/Manstedter Weg in Köln-Müngersdorf— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Arbeitstitel: "Waldbadviertel Langendahlweg" in Köln-Ostheim**  
**3471/2008**

**Ergänzter Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen der südlichen Seite des Langendahlweges, der westlichen Seite des Hardtgenbuscher Weges, entlang der südlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1600 nach Norden folgend bis zur nördlichen Grenze des Flurstücks 57/17, weiter nach Osten entlang des Flurstücks 1297, weiter an der westlichen und südlichen Grenze des Grundstücks 845 entlang, dann den rückwärtigen Grundstücksgrenzen nach Osten folgend bis zur Parzelle 905, dann den im Bebauungsplan Nr. 72439/05 festgesetzten öffentlichen Verkehrsfläche auf der westlichen Seite nach Norden folgend bis zur Bruchsaler Straße, die nördliche Seite der Bruchsaler Straße begleitend, nach Süden zurück entlang der östlichen Seite der Verkehrsfläche bis zur Nordseite des Flurstücks 1036, dieser rückwärtigen Grundstücksgrenze nach Süden folgend bis zur rückwärtigen Grenze der Parzelle 576 am Langendahlweg —Arbeitstitel: "Waldbadviertel Langendahlweg" in Köln-Ostheim— aufzustellen mit dem Ziel, Wohnbauflächen festzusetzen.
2. die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 2 (Versammlung) und nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis.

**Folgende Punkte sind im Zusammenhang mit dem Planungskonzept zu berücksichtigen:**

1. **Im Planungsgebiet soll durchgehend eine zwei bis maximal dreigeschossige Bebauung (jeweils plus Dachgeschoss) zulässig sein. Auf die Errichtung der „torartigen“ fünfgeschossigen Gebäude im Süden soll verzichtet werden.**
2. **Die verkehrsmäßige Erschließung für den Individualverkehr (Auto- und Zulieferverkehr) soll über die Straße Alter Deutzer Postweg erfolgen.**

3. Eine weitere Anbindung an das überörtliche Straßennetz soll von der Verwaltung geprüft werden. Eine zusätzliche Erschließung über die Frankfurter Straße bzw. aus dem Wohngebiet des so genannten „Saarviertels“ wird ausdrücklich abgelehnt.
4. Die Straße Alte Deutzer Postweg muss so ausgebaut werden, dass sie die zusätzlichen Verkehre aufnehmen kann. Im Rahmen des Ausbaus sind auch ein Radweg und die geplante Nutzung der Straße als Umgehungsstraße für Ostheim zu berücksichtigen.
5. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass ein großer Teil des Autoverkehrs über den Vingster Ring abgeführt werden kann und insbesondere nicht den Kreuzungsbereich Frankfurter Straße/Ostheimer Straße/Rösrather Straße zusätzlich belastet.
6. Der Knotenpunkt Ostheim ist in Spitzenzeiten des Berufsverkehrs bereits jetzt an den Grenzen der Leistungsfähigkeit angekommen. Sowohl die Stadtbahnlinie 9 als auch die diversen Buslinien können mit den bestehenden Kapazitäten keine weiteren nennenswerten Fahrgastzuwächse mehr bewältigen. Hier sind somit zusätzliche Kapazitäten und ein kürzerer Fahrtakt vorzunehmen.
7. Ferner wird die Verwaltung aufgefordert, im Rahmen einer großräumigeren Betrachtung die Verkehrssituation im weiteren Umfeld darzustellen. Hier ist insbesondere die Situation an der Kreuzung Frankfurter Straße/Ostheimer Straße/Rösrather Straße und der dort ebenerdig kreuzenden Linie 9 zu betrachten.
8. Die nordöstlich zum Ostheimer Zentrum führende Wegeverbindung in Richtung Lörbacher Straße soll für motorisierte Fahrzeuge nicht befahrbar sein. Durch eine geeignete Ausgestaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei muss sichergestellt werden, dass die Verbindung durch den rund 100 m breiten Grünstreifen auch bei Dunkelheit nicht als Angstraum empfunden wird. Der Weg ist ausreichend zu beleuchten. Das gleiche gilt ebenfalls für die Wegeverbindung im südöstlichen Teil aus dem Planungsgebiet in Richtung Saarbrücker Straße.
9. Die vorgesehene Wohnbebauung, insbesondere der Geschosswohnungsbau, ist, sowohl was die Anzahl der Wohneinheiten als auch die vorgesehenen Standorte angeht, kritisch zu überprüfen. Es ist zu prüfen, inwieweit im Umfeld der Rad- und Fußwege insbesondere im nordöstlichen Bereich eine Einfamilien – oder Zweifamilienhausbebauung möglich ist, um die soziale Kontrolle zu verstärken. Die neue Siedlung soll für Bürgerinnen und Bürger aller Einkommensschichten attraktiv sein. Es wird daher begrüßt, dass vom Vorhabenträger neben Einfamilienhäusern und freifinanziertem Geschosswohnungsbau auch ein Anteil geförderter Wohnungsbau vorgesehen ist. Der Ratsbeschluss vom 13.12.2007 ist zu beachten. Wohnungspolitisches Ziel ist eine soziale Mischung der Quartiere. Der Vorhabenträger ist daher in der Verantwortung, durch eine verantwortliche Belegungspolitik dafür Sorge zu tragen, dass eine sozial ausgewogene Bewohnerstruktur in der neuen Siedlung entsteht und dauerhaft erhalten bleibt.
10. Von den Sozialeinrichtungen erwarten wir als Schwerpunkte ihrer Bauten, dass diese zukunftsorientierte Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenwohnen und Angebote für betreutes Wohnen sowie Wohnen im Alter und ein Wohnprojekt für Frauen umfassen.
11. Es soll dargestellt werden, ob die Siedlung als beispielhaftes Projekt für soziales und ökologisches Bauen errichtet werden kann. Zu prüfen ist, ob beispielsweise Solarenergie (Solardächer), Fotovoltaik, Erdwärme, Wasserpumpen und andere moderne Energienutzungen eingesetzt werden können.
12. Der vorgesehene Stellplatzschlüssel, der derzeit nur einen Stellplatz pro Hauseinheit vorsieht, muss realitätsnäher gestaltet werden. Es sind außerdem eine ausreichende Zahl öffentlicher Stellplätze auszuweisen.
13. Es soll geprüft werden, ob die geplante Kindertagesstätte, die auch der Versorgung des übrigen Ostheimer Gebietes dienen soll, nach Nordosten verschoben werden kann.

14. Wir erwarten von der Verwaltung Aussagen, inwieweit bzw. durch welche Maßnahmen die Versorgung des neu zu errichtenden Wohngebietes mit Sozial- und Bildungseinrichtungen gesichert werden kann (Kindertagesstätten, Grundschule).
15. Im Zentrum des Planungsgebietes sollen Einzelhandel zur Nahversorgung, Arztpraxen und Gastronomie zulässig sein. Die Verwaltung soll darüber hinaus darlegen, ob die Infrastruktur der Stadtteile Ostheim und Vingst (Ärzte, Einzelhandel) die Versorgung der zusätzlichen Einwohner gewährleisten kann und welche Maßnahmen ggf. ergriffen werden müssen.
16. Im Planungsgebiet müssen ausreichend Spielmöglichkeiten für Kinder aller Altersgruppen nachgewiesen werden.
17. Die Vorhabenträger, insbesondere die Sozialimmobilien, werden gebeten, im Planungsgebiet einen Gemeinschaftsraum vorzusehen, der für die Bewohner der neuen Siedlung aber auch für bestehende Ostheimer Vereine und Initiativen nutzbar ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.7**      **Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**  
**Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim**  
**4186/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.8**      **Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB**  
**Arbeitstitel: Herrigergasse in Köln-Müngersdorf**  
**4094/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.9**      **Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67480/03**  
**Arbeitstitel: Clouth-Gelände in Köln-Nippes**  
**2843/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.10**     **Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 66452/16**  
**Arbeitstitel: Aufstockung Richmodstraße in Köln-Altstadt/Nord**  
**4124/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.11**     **Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63458/02**  
**Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße/Ölstraße in Köln-Ehrenfeld**  
**3142/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/ Müngersdorf/ Ehrenfeld und in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 10.12**     **Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**  
**Arbeitstitel: Eckgrundstück Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße in**  
**Köln-Holweide**  
**4304/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.13      **Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**  
**Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld**  
**3402/2008****

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Ehrenfeld und in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/ Müngersdorf/ Ehrenfeld.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.14      **Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**  
**Arbeitstitel: Neue Eiler Straße/Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil**  
**4337/2008****

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.15      **Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhaben-  
bezogener Bebauungsplan)**  
**Arbeitstitel: "Musical Theater Köln" in Köln-Kalk**  
**4354/2008****

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**14.1       **Aufhebung des Fluchtlinienplan Nr. 4009 Bl. 2**  
**- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -**  
**Arbeitstitel: Ottostraße in Köln-Neuehrenfeld**  
**3522/2008****

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**15.1      Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd  
Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd  
3557/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd –Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd– für das Gebiet zwischen Hohe Straße, Sternengasse, Krummer Büchel, Mühlenbach, östliche Grenze der Grundstücke Mühlenbach 49 sowie Marienplatz 12 und 15, nördliche Grenze der Grundstücke Marienplatz 3 - 15 sowie Kasinostraße 2, Kasinostraße und Pipinstraße in Köln-Altstadt/Süd in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**16.1      Vorschläge und Anregungen aus den Bezirksvertretungen  
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 25.08.2008  
-Sürther Feld: separater Bebauungsplan für die Bezirkssportanlage-  
4166/2008**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, der Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 25.08.2008, für die Bezirkssportanlage auf dem Sürther Feld einen separaten Bebauungsplan aufzustellen, nicht zu folgen und die Planung für das Sürther Feld in Gänze weiter zu betreiben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.